14.5.2014 - Radio Vatikan

# D: Bayerische Bischöfe stehen zu ihrer Universität Eichstätt

Die katholische Kirche in Bayern hat Gerüchten um eine Verlegung der einzigen katholische Universität Deutschlands von Eichstätt und Ingolstadt (KU) nach Berlin widersprochen. Ein solcher Transfer sei nicht geplant, sagte der Münchner Generalvikar Peter Beer am Mittwoch vor dem Wissenschaftsausschuss im Bayerischen Landtag. Beer äußerte sich als stellvertretender Stiftungsratsvorsitzender der Uni.

Die Ausschussmitglieder von SPD und Grünen werteten dies als „halbherziges Dementi“ und brachten erneut eine Verstaatlichung der KU ins Gespräch. Die KU wird von den sieben bayerischen Bistümern getragen, die für den Betrieb der Einrichtung jährlich 15 Millionen Euro aus Kirchensteuermitteln bereitstellen. Vom Freistaat kommen 40 Millionen Euro. Rechtsgrundlage für die Uni mit ihren derzeit 5.000 Studierenden ist eine Vereinbarung zwischen Bayern und dem Heiligen Stuhl von 1980, die nicht einseitig gekündigt werden kann. Nach dem vorzeitigen Rücktritt von KU-Präsident Richard Schenk zum 1. April war die Hochschule erneut in die Schlagzeilen geraten.

Beer bekräftigte, die bayerischen Bistümer stünden weiter zu ihrer Universität und den eingegangenen finanziellen Verpflichtungen. Wissenschaftsminister Ludwig Spaenle (CSU) würdigte die Anstrengungen der KU, an bisherigen Schwachstellen wie etwa der Forschungs- und Nachwuchsförderung nachzubessern. Der dazu vorliegende Plan sei „vernünftig und erfolgversprechend“. Mehrere Ausschussmitglieder der Opposition bezweifelten dagegen die Finanzierbarkeit des Plans und sprachen von einem „Wunschkonzert“, das zudem noch viel zu unkonkret sei.

(kna 14.05.2014 ord)

http://de.radiovaticana.va/news/2014/05/14/d:_bayerische_bisch%C3%B6fe_stehen_zu_ihrer_universit%C3%A4t_eichst%C3%A4tt/ted-799192

**15.5.2014 - Süddeutsche Zeitung**

Katholisch und krisengebeutelt

Bayerische Bischöfe wollen an der derzeit führungslosen Universität Eichstätt festhalten, die Finanzierung aber ist offen

München – Die bayerischen Bischöfe halten an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) fest. Dies hat Generalvikar Peter Beer als Vertreter des Münchner Erzbischofs Reinhard Marx am Mittwoch gegenüber den Abgeordneten im Hochschulausschuss des Landtags bestätigt. Ob die derzeit führungslose Uni allerdings bald in ruhigeres Fahrwasser kommt, scheint auch nach einem Krisengipfel in München keineswegs sicher.

Immer wieder war die einzige katholische Universität im deutschsprachigen Raum in die Schlagzeilen geraten. Nach dem Rücktritt ihres Präsidenten und eines der beiden Vizepräsidenten steht sie zum sechsten Mal in sieben Jahren vor dem Problem, eine neue Führungsperson finden zu müssen. Es hätten sich viele Kandidaten beworben, berichtete Kanzler Thomas Kleinert dem Ausschuss. Man hoffe, bis zum 4. Juli einen

neuen Präsidenten oder eine Präsidentin wählen zu können, die gemeinsam mit allen Beteiligten den vor kurzem verabschiedeten Entwicklungsplan umsetzen.

Von diesem Entwicklungsplan hängt die Zukunft der KU ab. Denn Politik und Kirche verlangen eine Profilierung der Hochschule. Die alles entscheidende Frage dabei ist allerdings die Finanzierung. Und dazu konnte Beer keine Aussagen treffen. Zunächst hatte die Kirche einen bis dato gewährten Zuschuss von 1,5 Millionen Euro zurückgenommen. Deshalb stehen derzeit zahlreiche Lehrstühle, die frei werden, zur Disposition. Klar ist auch, dass die bisher acht Fakultäten schon nächstes Jahr zu fünf zusammengefasst werden sollen.

Laut Konkordatsvertrag finanziert der Freistaat 85 Prozent, die bayerischen Bistümer 15 Prozent. Dieses Verhältnis habe sich, so erklärte Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU), im Laufe der Jahre durch zusätzliches Personal auf etwa zwei Drittel zu einem Drittel verschoben. Der Freistaat sehe die Einhaltung des Konkordats als „Verpflichtung“ an und schätze die KU nicht nur für ihre regionale Bedeutung, sondern auch für ihre Qualität gerade in der Lehrerbildung. In dem Entwicklungsplan seien die Defizite, etwa die Forschungsschwäche, „schonungslos“ benannt, daher sehe er gute Chancen für eine Neuorientierung.

Generalvikar Beer hingegen betonte: „Das Papier ist noch nicht der Endpunkt einer Entwicklung“, vieles müsse erst noch diskutiert werden. Die Frage des Abgeordneten Michael Piazolo (Freie Wähler): „Was ist konkret das Katholische Ihrer Universität, in welche Richtung soll es dabei gehen?“ blieb unbeantwortet. Noch fehle ein Kostenplan für die einzelnen Maßnahmen, sagte Beer. Erst dann könne er bei den Bischöfen um Unterstützung werben. Die KU werde aus dem gleichen Fonds finanziert, der auch die Stiftungsfachhochschule in München und Benediktbeuren trage und Zuschüsse für die Jesuiten-Hochschule für Philosophie gewähre. Allerdings, so Beer, „ist angestrebt, auch die anderen deutschen Bistümer zur Finanzierung zu gewinnen“. Dort steht die KU aber in Konkurrenz zu Berlin. Seit Jahren gibt es Bestrebungen für eine katholische Hochschule in der Bundeshauptstadt. „Was ist dran an diesem Gerücht?“, hakte Isabell Zacharias (SPD) nach. „Und wenn Sie kein Geld mehr für Eichstätt haben, fragen Sie dann den Staat, ob er die Uni übernimmt?“ Beer räumte ein, dass die Kirche gerne eine Hochschule in Berlin hätte. Allerdings könnte dazu auch Eichstätt etwas beitragen „in welcher Form auch immer“ und damit Zuwendungen erhalten.

„Ihr Entwicklungsplan kommt mir wie ein großes Wunschkonzert vor, für das Sie deutlich mehr Finanzmittel brauchen, als Sie haben“, sagte Zacharias an den Kanzler gerichtet. SPD und Grüne forderten Kleinert und Beer auf, die Abgeordneten besser zu informieren. Kleinert, der nach dem Rücktritt des Präsidenten die Geschäfte in Eichstätt führt und von allen Seiten Anerkennung genießt, gab zu, „die Informationspolitik der letzten Jahre war nicht gut“. Darunter leiden auch Professoren und Studenten. „Wir möchten endlich erfahren, was auf uns zukommt, welche Lehrstühle wegfallen. Bisher erfährt man gar nichts“, sagte die Pädagogikstudentin Maria Mutter, die nach München gekommen war, um der Diskussion zu folgen. Viele Kommilitonen fürchteten, dass sich durch die Sparmaßnahmen das gute Betreuungsverhältnis an der KU verschlechtere.

MARTINA SCHERF

Zuletzt geändert am 15.05.2014